

Geert-Hinrich Ahrens

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

Die schwierige Mission der
OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter
(August 2004 bis Januar 2005)

Discussion Paper

C151
2005

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-51-1

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-4952
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

Dr. Geert-Hinrich Ahrens, Jahrgang 1934, studierte in Bonn und Berlin Jura und trat nach Promotion und Assessorexamen 1965 in den Auswärtigen Dienst ein, dem er bis 1999 angehörte. Er war an den Auslandsvertretungen in Sao Paulo, Hongkong, Belgrad und Peking tätig und war von 1984 bis 1986 Botschafter in Hanoi, von 1992 bis 1996 Sonderbotschafter in der Internationalen Konferenz über das frühere Jugoslawien und von 1996 bis 1999 Botschafter in Bogotá. Nach dem Eintritt in den Ruhestand leitete er von 1999 bis 2002 die OSZE-Präsenz in Albanien und von August 2004 bis Januar 2005 die OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine.

Botschafter a.D. Dr. Ahrens ist seit 2003 Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. 1983/84 war er Fellow am Center for International Affairs der Harvard University in Cambridge, Massachusetts, und 2002/03 Fellow am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington D.C., wo er an einem Buch über die internationale Jugoslawienvermittlung 1991-1996 arbeitete, das demnächst erscheinen wird.

Das folgende Diskussionspapier ist eine persönliche Meinungsäußerung, für die der Verfasser die alleinige Verantwortung trägt.

Geert-Hinrich Ahrens

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

Die schwierige Mission der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005)

Einführung

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE* in Warschau, in englischer Abkürzung ODIHR, ist, was Wahlbeobachtung angeht, nach Personal, Erfahrung und Methoden die erste Adresse in Europa, wenn nicht in der Welt. Als die ukrainische Präsidentenwahl am 10. Januar 2005, erheblich verspätet, mit der Verkündung der Ergebnisse durch die zentrale Wahlkommission in Kiew ihren Abschluss fand, waren sich die Mitarbeiter des Warschauer Büros darüber einig, dass damit die bisher schwierigste, längste und umfangreichste ODIHR-Wahlbeobachtung ihr vorläufiges Ende gefunden hatte. Der letzte Schritt fand erst im Mai 2005 statt, als der Direktor des Büros, Botschafter Christian Strohal, mit einer Delegation nach Kiew reiste und den mit 49 Seiten ungewöhnlich langen Abschlussbericht übergab und erläuterte.¹ In der Regel werden diese Berichte nur übersandt. Diese Besonderheiten und Komplikationen waren auf ein krisenhaftes Zusammentreffen mehrerer längerfristiger politischer Entwicklungen in der Ukraine zurückzuführen.

* Ein Abkürzungsverzeichnis findet sich am Ende dieses Diskussionspapiers.

¹ Text des Abschlussberichts und Informationen über ODIHR finden sich im Internet unter www.osce.org/odihr.

In der ukrainischen Innenpolitik war es zu einer auch regional ausgeprägten Konfrontation zwischen Präsident und Regierung einerseits und der Opposition andererseits gekommen, die weit über den normalen demokratischen Wettbewerb hinausging und die Gefahr bürgerkriegsähnlicher Verwicklungen heraufbeschwor. Das internationale Umfeld war gekennzeichnet von Gegensätzen zwischen West und Ost, die eigentlich der Vergangenheit hätten angehören sollen, aber durch unterschiedliche Interessen der Hauptakteure wieder aufzubrechen schienen. Im Westen bestanden starke Sympathien für den Präsidentschaftskandidaten der Opposition, Viktor Juschtschenko, während die Russische Föderation und andere der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) angehörige Länder offen den Regierungskandidaten, Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, unterstützten. Über die Ukraine hinaus war es zu ernststen Spannungen innerhalb der OSZE gekommen. Moskau kritisierte insbesondere das nach russischer Auffassung zu große Gewicht des so genannten Dritten Korbes², dessen institutionelle Ausprägung ODIHR ist, und übte scharfe Kritik an der Wahlbeobachtung durch das Warschauer Büro generell. Für die OSZE-Wahlbeobachtungsmission (in der Folge: EOM, das englische Akronym für Election Observation Mission) waren diese Entwicklungen alles andere als günstige Vorzeichen.

Die EOM reagierte auf dieses Umfeld mit strikter Einhaltung ihres Mandats und dem Versuch, nach allen Seiten hin Vertrauen aufzubauen. Es war nicht immer leicht, der Opposition und manchen westlichen Politikern klarzumachen, dass es nicht Sache einer Wahlbeobachtungsmission sein kann, eine Seite politisch zu unterstützen oder etwa deren Insignien, wie orange Schals, zu tragen. Ebenso schwierig war es, der Regierungsseite (und auch russischen Vertretern) zu erklären, dass viele ihrer Praktiken klare Verletzungen der Verpflichtungen waren, die alle OSZE-Staaten hinsichtlich freier und fairer Wahlen eingegangen waren, und eben nicht

2 Die OSZE ist aus der KSZE und dem Helsinkiprozeß hervorgegangen. Die Schlussakte von Helsinki von 1975 identifizierte drei Gebiete der Zusammenarbeit, die Körbe genannt wurden. Korb 1 betraf Sicherheitsfragen, Korb 2 Wirtschaftsangelegenheiten und Korb 3 individuelle Freiheiten.

unschuldige lokale Gebräuche, die unbedarfte Westler nicht imstande wären zu begreifen.

Die Durchführung der Wahlen spiegelte diese Schwierigkeiten, mündete aber schließlich, nach Vorgängen, die jetzt allgemein als „orange Revolution“ bezeichnet werden, in eine Lösung, die dem Willen der Wählermehrheit entsprach. Diese Lösung lief auf eine Neubestimmung der innen- und außenpolitischen Koordinaten der ukrainischen Politik hinaus.

Innere Konfrontation

Zwei Beispiele aus der reichhaltigen Propagandaliteratur genügen, um die tief greifenden inneren Gegensätze zu belegen:

„Die schmutzigen Klauen des amerikanischen Faschismus’ haben die Ukraine durchdrungen und haben nach dem Sitz des Präsidenten dieses Landes gegriffen. Die USA haben die Ukraine mit ihren Stiftungen und Zuwendungen überflutet und haben diese Finanzmittel auf den Abschaum unserer Gesellschaft übertragen, auf die Abkömmlinge von Nazi-Kollaborateuren...

Unter Viktor Juschtschenkos Führung erhebt der Faschismus erneut sein Haupt in der Ukraine. Mit Hilfe Goebbelsscher Lügen- und Propagandamethoden verdummt er unser Volk und nutzt dabei Probleme des Staates aus, die seine eigenen Vertreter geschaffen haben.

Wir begreifen, dass die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine der finale Schlag der USA zur vollen Übernahme unseres Landes und seiner Kolonisierung sind. Dies ist der entscheidende Faktor für die Untergrabung Russlands und die Zerstörung der slawischen Zivilisation. Nein zur Wiedergeburt des Faschismus! Nicht eine einzige Stimme für Juschtschenko!“³

3 Handzettel in russischer (nicht: ukrainischer) Sprache, verteilt auf einer Wahlversammlung Janukowitschs in Odessa am 18. Dezember 2004.

„...Die Ukraine fiebert, sie bebt, sie befindet sich im Zustand permanenter Hysterie... Wenn wir jetzt keinen Machtwechsel herbeiführen, dann wird es vielleicht zu spät sein. Dieses Land übersteht keine weiteren zehn Jahre des permanenten, „samtenen“ Totalitarismus, der sozialen Apathie, der Zensur in den Medien, der massiven Russifizierung im Bereich der Kultur und Information, der fehlenden Wirtschaftsreformen und der Unentschiedenheit in der Außenpolitik. Wir sind überzeugt, dass wir nicht nur einfach einen Präsidenten wählen, nicht einmal die ‚lichte europäische Zukunft‘: Wir ergreifen eine letzte Chance. Und diese Chance bedeutet für viele meiner Kollegen, so pathetisch das klingt, nicht nur einen Machtwechsel und die geopolitische Ausrichtung der Ukraine nach Russland oder nach Europa. Die Präsidentenwahlen bedeuten für viele von uns eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein. Nicht mehr und nicht weniger.“⁴

Hinter diesen Gegensätzen standen nicht nur die unerfreulichen ideologischen oder tagespolitischen Auseinandersetzungen im Rahmen postsowjetischer Entwicklungen, sondern auch die ganze Last der komplizierten ukrainischen Geschichte. Der Westen des Landes und ein großer Teil des Nordens waren stolz auf ihre europäische Vergangenheit, sei es in Unabhängigkeit, zumeist unter Führung der Kosaken-Hetmans, oder als Teil des historischen polnisch-litauischen Großreiches. Kiew ist die östlichste Stadt in Europa, die ihr (Magdeburger) Stadtrecht aus dem Westen erhalten hat.⁵ Im Gegensatz dazu teilten klare, ausschließlich russischsprachige Mehrheiten im Osten und Süden der Ukraine, in dem bevölkerungsreichen Donezbecken, auf der Krim und in Odessa, die russophile Sicht Janukowitschs, der sich auf ihre Unterstützung verlassen konnte. Es war gerade auch für Westler wichtig, diese Grundströmung zu erkennen und auch als legitim zu akzeptieren, ohne aber Übergriffe gegen die Durchführung demokratischer Wahlen hinzunehmen. Es war auch wichtig zu verstehen, dass die russophile Strömung nicht notwendigerweise irredentistisch war, denn als Ukrainer

4 Andrij Bondar, in Kiew lebender ukrainischer Schriftsteller, „Die Revolution der Kastanie“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 2004, S. 33.

5 Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine* (München: Verlag C. H. Beck, 1994), S. 49.

bezeichnete man sich auch im Osten, und die kosakische Tradition war beiden Strömungen – aber auch Rußland – gemeinsam.

Ihre Schärfe gewann die politische Konfrontation aber nicht wirklich wegen der regionalen Unterschiede, auch wenn diese weidlich ausgenutzt wurden. Entscheidend war die Höhe des Einsatzes. Der Verlierer, und dies galt insbesondere für die bisherige Führung, musste mit erheblich größeren Nachteilen als bloßem Amtsverlust rechnen. Unaufgeklärte Verbrechen wie die Enthauptung des Journalisten Heorhiy Gongadze im Herbst 2000 (Spuren weisen in Kutschmas Präsidentenpalast) oder der Giftmordanschlag auf Juschtschenko von September 2004, Durchstechereien größten Ausmaßes bei der Privatisierung der Wirtschaft und Separatismusvorwürfe gegen Gouverneure im Osten und Süden veranlassten manchen Landeskenner zu der Voraussage, die Machthaber würden unter keinen Umständen einen Machtwechsel zulassen und damit eine Zukunft im Gefängnis riskieren. Insbesondere Präsident Leonid Kutschma wies wiederholt auf die Möglichkeiten der bewaffneten Macht und den Willen hin, diese auch einzusetzen, und es war das Staatsoberhaupt Kutschma, das im Juli 2004 „die schmutzigste Wahl seit der Unabhängigkeit der Ukraine“ voraussagte.

Dennoch gab es einige beruhigende Elemente. Die ukrainischen Politiker kannten einander gut und gingen in der Regel bei Zusammentreffen ziviliert miteinander um, wie der Verfasser immer wieder feststellen konnte. Viele von ihnen waren ideologisch wenig festgelegt und wechselten Front, Partei oder „Block“ je nach praktischer Zweckmäßigkeit. Dies galt insbesondere für das Parlament, die Werchowna Rada. Sowohl Juschtschenko wie seine Hauptverbündete Julija Timoschenko, Führerin des gleichnamigen Blocks, hatten unter Kutschma wichtige Ämter bekleidet. Die sogenannten Oligarchen, Nutznießer postkommunistischer Wirtschaftsentwicklungen, gab es auf beiden Seiten, wenn auch, wie kaum anders zu erwarten, erheblich ausgeprägter auf Seiten der Administration. Versicherungen, Ukrainer würden nie auf Ukrainer schießen, klangen freilich mehr wie das Pfeifen im Walde, und einfache Ukrainer bis hin zu dem Aufzugspersonal in den Wohnblocks der Missionsangehörigen appellierten immer wieder an die ausländischen Beobachter, ihnen zu helfen und sie nicht al-

lein zu lassen. Insgesamt fand die Mission daher zu Beginn ihrer Tätigkeit eine beunruhigende Situation vor.

Das internationale Umfeld

Das internationale Umfeld sah in der Substanz nicht viel anders als die innere Lage aus, auch wenn die handelnden Politiker selbst sich mit Polemik zurückhielten. Stimmen in den USA und Kanada, die beide eine große ukrainische Diaspora aufweisen, reflektierten weitgehend die Auffassungen der ukrainischen Juschtschenko-Anhänger. Ein Ukrainespezialist wie Anders Aslund, Direktor des Russischen und Eurasischen Programms bei dem Carnegie Endowment for International Peace, der von 1994 bis 1997 als Wirtschaftsberater der ukrainischen Regierung tätig war, schrieb folgendes in der Herbstnummer 2004 der Zeitschrift *The National Interest*:

„Kein politisches Ereignis in Europa ist dieses Jahr wichtiger als die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im nächsten Oktober. Sie laufen auf klare Entscheidungen zwischen Demokratie und Diktatur als auch zwischen einer westlichen und einer östlichen geopolitischen Orientierung hinaus. Die Vereinigten Staaten sind in der Ukraine angesehen und sehr einflussreich. Die USA können eine Menge tun, um die Entscheidung dieses Landes zu beeinflussen. Hauptziel der US-Ukrainepolitik sollte es sein, die Demokratie zu unterstützen. Wenn nur die Demokratie gesichert ist, wird die Ukraine höchstwahrscheinlich eine westliche geopolitische Orientierung wählen...“

Die meisten europäischen Kommentatoren schienen solchen Auffassungen nahe zu stehen, zeigten aber größere Zurückhaltung und, insbesondere zu Beginn des Wahlkampfes, weniger Interesse als die beiden nordamerikanischen Demokratien. Es gab jedoch Ausnahmen. Das Nachbarland Polen, aber auch andere postkommunistische Länder, verfolgten die ukrainischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit. Über das rein Politische hinaus war auch immer wieder von handfesten wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Akteure die Rede, insbesondere im Erdöl- und Erdgassektor. Anders mokiert sich in dem vorerwähnten Beitrag darüber, dass die US-Administration der Frage große Aufmerksamkeit gewidmet habe, in wel-

cher Richtung das Öl in einer kleinen Ölleitung von dem Hafen Odessa nach Brody in der Westukraine fließen solle. Wie dem auch sei, dieses Diskussionspapier kann darauf nicht näher eingehen.

Die russische politische Gegenposition kam in verschiedenen Erklärungen zum Ausdruck. Dabei wurde, auf dem Höhepunkt der ukrainischen Krise im Dezember, die Besorgnis ausgedrückt, dass versucht werde, einen Gegensatz zwischen der euroatlantischen Integration der Ukraine einerseits und ihrer gutnachbarlichen Kooperation mit Russland andererseits zu schaffen. Moskau warnte davor, eine neue Trennlinie in Europa zu ziehen.

Diese russische Kritik musste im Zusammenhang mit der allgemeinen OSZE-Krise gesehen werden, in deren Rahmen Moskau gerade auch die ODIHR-Wahlbeobachtungen scharf angriff. So hieß es in der „Erklärung der GUS-Staaten über die Lage innerhalb der OSZE“, die das informelle Treffen der GUS-Staatschefs in Moskau im Juli 2004 verabschiedete:

„Selektive nähere Aufmerksamkeit für gewisse Länder [die GUS-Staaten] und Nichtbeachtung von Problemen in anderen Mitgliedstaaten widersprechen dem OSZE-Mandat und bezeugen die Praxis doppelter Standards und selektiven Herangehens sowie das Zögern bei dem Inrechnungstellen der Realitäten und Besonderheiten gewisser Länder. Dies wird besonders sichtbar bei den Aktivitäten des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte [d.h. ODIHR], das hauptsächlich Wahlen in Mitgliedstaaten beobachtet und bewertet. Solche Aktivitäten werden oft politisiert und tragen den Besonderheiten individueller Länder keine Rechnung...“.

Vor einem solchen Hintergrund war es klar, dass die EOM auch in außenpolitischer Hinsicht einer schwierigen Aufgabe entgegenging. Überdies hatten manche Beteiligte und Interessierte, vor allem Vertreter der ukrainischen Opposition und einzelne Westler, überzogene Vorstellungen von den politischen Möglichkeiten einer solchen Mission. Gelegentlich entstand der Eindruck, als erwartete man, die EOM werde in letzter Minute und binnen nur drei Monaten die Demokratiedefizite beseitigen, mit denen man selbst in den dreizehn Jahren seit der ukrainischen Unabhängigkeit nicht hatte

fertig werden können. Dafür war die EOM aber nach Mandat und Struktur nicht geschaffen.

Die Struktur der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission (EOM)

Die EOM bestand aus drei Teilen: Einer seit Ende August/Anfang September 2004 in Kiew arbeitenden Kerngruppe (KG), den seit Anfang September im ganzen Land stationierten Langzeitbeobachtern (LZB) und den jeweils zum Wahltag anreisenden Kurzzeitbeobachtern (KZB). Die Zahlen schwankten. Die KG bestand zumeist aus etwa zwölf Mitgliedern, wuchs aber im Dezember auf 22. Die etwa fünfzig LZB waren an 25 Orten, also fast allen Provinzhauptstädten, in Gruppen zu je zwei stationiert. Die Zahl der KZB, die zum Wahltag den einzelnen LZB-Teams zugeteilt wurden, sank von 636 am 31. Oktober auf 563 am 21. November, um dann am 26. Dezember auf 1372 zu steigen. Mit diesen Zahlen, den höchsten bisher von ODIHR erreichten, stieß die Mission an die Obergrenzen des logistisch Vernünftigen. Diese Zahlen bedeuteten zum Beispiel, dass die KG in der Wahlnacht vom 26. auf den 27. Dezember 6.000 Berichte auszuwerten hatte. Leider hatte sich die EOM von Anfang an einer gewissen Megalomanie zu erwehren.

Die an sich vernünftige Überlegung, dass eine Wahl umso besser beobachtet werden kann, je mehr Beobachter vorhanden sind, musste ihre Grenze in der Erkenntnis finden, dass es ein Optimum gibt, bei dessen Überschreitung die Resultate wieder schlechter werden. Leider fehlte manchen Beteiligten diese Erkenntnis. Schon die ODIHR-Bedarfsermittlungsmission von Juni 2004 wurde von einzelnen Interessierten dafür kritisiert, dass sie „nur“ 600 KZB vorschlug. Oppositionspolitiker wie Julija Timoschenko, heute Ministerpräsidentin, und Boris Tarasyuk, heute Außenminister, bezweifelten in den Medien und in Gesprächen die Fähigkeit der nach ihrer Auffassung viel zu kleinen EOM, eine wirksame Wahlbeobachtung durchzuführen. Alle 33.000 Wahllokale seien zu beobachten. Der EOM wurde vorgeschlagen, große externe Beobachtergruppen, die in der Regel weder unparteiisch noch genügend ausgebildet waren, aufzunehmen.

Unterstützt durch die Warschauer Zentrale, wehrte die EOM diese Ansinnen rigoros ab. Eine flächendeckende Wahlbeobachtung konnte nur von einheimischen Beobachtern gewährleistet werden. Leider sah das auch mit den Stimmen der Opposition verabschiedete Wahlgesetz unabhängige einheimische Beobachter nicht vor. Am Ende war jedoch, unter anderen, das sehr fähige Wählerkomitee der Ukraine (CVU), eine Nichtregierungsorganisation, imstande, seine Mitglieder als Journalisten in die Wahllokale zu schicken, freilich auf eigenes Risiko und mit gegenüber registrierten Beobachtern verminderten Kontrollrechten. Es war bemerkenswert, dass die Kutschma-Administration ihrerseits alles tat, die Entsendung möglichst vieler ausländischer Beobachter zu ermöglichen.

Angeblich hatte die Zentrale Wahlkommission (ZWK) bis zum Ende auch des dritten Wahlganges über 12.000 registriert, doch blieb die von manchen wohl erwünschte allgemeine Konfusion der ausländischen Beobachtung aus, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die EOM ihr Pulver trocken hielt und im Verkehr mit anderen ausländischen Beobachtermissionen nicht über eine lockere „Liaison“ hinausging. So traf der Verfasser, als Leiter der EOM, an jedem der drei Wahltage mit dem GUS-Exekutivsekretär und Leiter der GUS-Wahlbeobachtermission, dem früheren russischen Innenminister Wladimir Ruschailo, zusammen. Überdies gab es an den Wahltagen Treffen mit der amerikanisch unterstützten ENEMO-Mission,⁶ die im wesentlichen aus Osteuropäern, besonders Polen, bestand, und anderen amerikanischen und kanadischen Beobachtergruppen, bei denen sich zahlreiche Exilukrainer befanden.

Eine Erweiterung der EOM anderer Art fand jedoch, bisheriger ODIHR-Praxis entsprechend, statt: Ein Teil der EOM-KZB waren Parlamentarier, die von den parlamentarischen Versammlungen der OSZE, des Europarats, der NATO und von dem Europaparlament entsandt wurden. Für die drei Wahltage bildete die EOM mit diesen Parlamentariern zusammen die International Election Observation Mission (IEOM) an deren Spitze jeweils der britische Abgeordnete Bruce George stand. George war ein Glücksfall,

6 Das European Network of Election Monitoring Organizations (ENEMO) setzt sich aus 17 zivilen Organisationen aus 16 Ländern des früheren Osteuropa und der früheren Sowjetunion zusammen.

denn es war seinem Verhandlungsgeschick zu verdanken, dass sich die fünf Komponenten der IEOM jeweils an dem Montagmorgen nach den Wahltagen unter großem Zeitdruck auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten. Eine Einigung zwischen der seit Monaten vor Ort arbeitenden, aus Fachleuten zusammengesetzten und mit einer breiten Datenbasis ausgestatteten EOM und den nur als Kurzzeitbeobachter angereisten Politikern der vier Parlamente, die den verschiedensten politischen Richtungen angehörten, war keinesfalls selbstverständlich. Sie war aber notwendig, da es andernfalls zu fünf verschiedenen Erklärungen hätte kommen können, was den Wahlmanipulatoren selektive Beachtung erlaubt hätte.

Grundlagen der EOM-Tätigkeit

Wie in der Einführung betont, besitzt das ODIHR außerordentliche Erfahrung und Expertise bei der Beobachtung von Wahlen. Diese Erfahrung schlägt sich unter anderem nieder in einem Handbuch der Wahlbeobachtung, das einen Code of Conduct in neun Punkten enthält,⁷ und in ausführlichen, von der KG getrennt für LZB und KZB für jeden Wahlgang neu erstellten „Beobachterführern“ (Observer Guides). In einem Satz zusammengefasst, war es das Mandat der EOM, die Wahlen daraufhin zu beobachten, ob sie den von allen OSZE-Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen entsprachen. Diese Verpflichtungen sind insbesondere in dem Dokument enthalten, das am 29. Juni 1990 in Kopenhagen bei dem zweiten Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE angenommen wurde.⁸ Sie laufen auf sieben Schlüsselbegriffe hinaus: Allgemeinheit, Gleichheit, Fairness, geheime Wahl, Freiheit (vor allem von Zwang), Transparenz und Verantwortlichkeit (der Gewählten).

Als der Verfasser Ende August in dem oben beschriebenen politischen Minenfeld die Leitung der EOM übernahm, war klar, dass nur die strikteste Einhaltung dieses Mandats die Durchführung des Beobachtungsauftrages

7 Organisation for Security and Co-operation in Europe, *The ODIHR Election Observation Handbook*, Fourth Edition (Warschau: April 1999). 2005 ist eine fünfte Auflage erschienen.

8 Siehe Election Observation Handbook, Annex A.

sichern und die EOM und ODIHR vor Schaden bewahren konnte. Es wäre lächerlich gewesen anzunehmen, die EOM könne die extreme politische Konfrontation oder den Ost/West-Gegensatz in der Ukraine abbauen, Wesentliches zu einem Ausgleich gegensätzlicher westlicher und russischer geopolitischer Interessen in Osteuropa beitragen oder den Konflikt innerhalb der OSZE lösen. Sie konnte sich freilich so verhalten, dass sie nicht auch noch zur Verschärfung dieser Konflikte beitrug, und sie tat dies durch aktive und intensive Vertrauensbildung bei allen Beteiligten. Sie hatte dabei zeitweilig einigem politischem Druck standzuhalten.

Schon im Sommer 2004 wurde die EOM von gewisser Seite angehalten, die Wahlen zu verurteilen, noch bevor der erste Wahlgang stattgefunden hatte. Die englischsprachige Kiew Post schrieb, ODIHR EOM seien zahn- und wertlos. So sei die ODIHR-Mission, die die gefälschten Präsidentschaftswahlen von 1999 beobachtet habe, zu dem Urteil „frei und fair“ gekommen. Beide von der Zeitung mit Anführungsstrichen zitierte Worte kommen in dem damaligen Bericht nicht vor, vielmehr lautet der erste Satz der Zusammenfassung: „Die ukrainischen Präsidentschaftswahlen vom 31. Oktober und 14. November 1999 verfehlten eine bedeutende Anzahl von OSZE-Verpflichtungen.“⁹ Aber faktische Richtigkeit war bei solchen Angriffen ein sehr knappes Gut. Vierzehn Tage vor der ersten Runde mahnte John B. Conlan, in Kiew lebendes früheres Mitglied des amerikanischen Kongresses, in der Kiew Post: „Wenn... die ODIHR Beobachtermission... nicht herausfinden kann, dass diese Wahlen ‚unfair‘ sind und ‚europäischen demokratischen Standards‘ nicht entsprechen, dann sollten sie den Anstand haben, ihre Köpfe in Scham zu senken, andere Jobs zu finden und aufzuhören, von den euro-amerikanischen Steuerzahlern zu leben, denn ihre Glaubwürdigkeit wird erschüttert sein.“ Es war Conlan offenbar nicht klar, dass er mit solchen Pressionen die Mission untergrub und den Wahlfälschern in die Hände arbeitete, denn diese würden sich auf solche Vorverurteilungen und darauf berufen, die EOM habe ihre Urteile unter Druck gefällt. Umso wichtiger war es für die EOM, Vertrauensbildung aktiv zu betreiben.

9 Ukraine Presidential Elections 31 October and 14 November 1999, Final Report vom 7. März 2000, www.osce.org/odihr.

Die Schlüsselbegriffe bei der Vertrauensbildung waren Unparteilichkeit und Transparenz. Der vorerwähnte Code of Conduct enthält zu dem Punkt Unparteilichkeit glasklare Regeln:

„Die Beobachter werden bei der Erfüllung ihrer Pflichten strikte Unparteilichkeit bewahren und dürfen zu keiner Zeit irgendein Vorurteil oder irgendeine Vorliebe ausdrücken mit Bezug auf nationale Behörden, Parteien, Kandidaten oder im Wahlprozess streitige Angelegenheiten... Die Beobachter dürfen keine Parteisymbole, -farben oder -flaggen zeigen oder tragen... Die Beobachter werden sich jeden persönlichen oder vorzeitigen Kommentars über ihre Beobachtungen gegenüber den Medien oder anderen Interessierten enthalten...“.

Dennoch war es nicht einfach, vor dem besonderen politischen Hintergrund in der Ukraine von 2004 Unparteilichkeit durchzusetzen, da Unparteilichkeit gegenüber den Wettbewerbern und ihren Programmen natürlich nicht Unparteilichkeit gegenüber Regelverstößen heißen konnte, und je unhöflicher die Administration solche Verstöße beging, desto größer mussten die Sympathien von Beobachtern für die Opfer werden. Die Disziplin der KG und der LZB ließ trotzdem wenig zu wünschen übrig.

Nur in einem Fall musste der Verfasser nach Abstimmung mit der Zentrale in Warschau und dem kanadischen Botschafter in Kiew, Andrew Robinson, einen kanadischen LZB aus der EOM entfernen, nachdem dieser, mit einem orange Schal bekleidet, auf einer Juschtschenko-Wahlveranstaltung gesprochen hatte. Sein Verhalten war eine schwere Verletzung der Beobachterpflichten, deren Tolerierung durch die EOM die Glaubwürdigkeit der Mission untergraben hätte, auch wenn es schwierig war, diese Zusammenhänge den Anhängern Juschtschenkos verständlich zu machen. Gerade die Statuierung dieses Exempels erleichterte es jedoch der EOM, auch dann noch ihre Unparteilichkeit zu bewahren, als Flughafen und Stadt Kiew im Dezember von orange tragenden begeisterten Ausländern geradezu überschwemmt wurden.

Im Falle der IEOM ließ sich Unparteilichkeit dagegen trotz klarer Appelle nicht immer durchsetzen. Einige Politiker der verschiedenen Parlamente ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, unter lebhafter in- und auslän-

discher Medienpräsenz auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz den dort versammelten Anhängern Juschtschenkos ihre Unterstützung zu versichern. Dies blieb in Moskau nicht unbeachtet, wo man Beobachtern des ODIHR und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Destabilisierung der Ukraine und doppelte Standards vorwarf und sie beschuldigte, den Staaten östlich von Wien politische Lösungen aufzwingen zu wollen. Interessanterweise wurde diese Kritik in der Ukraine, soweit bekannt, kaum aufgegriffen, möglicherweise als Folge der von der EOM konsequent betriebenen Transparenz.

Die Beziehungen der EOM zu den Beteiligten: Transparenz

Die ukrainischen Behörden, die die EOM im Juli 2004 durch ein Schreiben von Außenminister Konstantin Gryschtschenko eingeladen hatten, boten ihr gute Arbeitsbedingungen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe unter dem Ersten Stellvertretenden Minister des Kabinetts, Oleksandr Schnypko, sowie der Stellvertretende Außenminister Oleg Schamschur und der Vizepräsident der Zentralen Wahlkommission (ZWK), Jaroslaw Dawidowitsch, waren, bei regelmäßigen und häufigen Treffen, kooperative Arbeitspartner in allen die Mission betreffenden technischen Fragen wie Sicherheit, Visa, Zoll, Reisen und dergleichen. Der Verfasser hatte Gelegenheit zu ausführlichen und offenen Gesprächen mit Präsident Kutschma, Ministerpräsident (und Präsidentschaftskandidat) Janukowitsch, Außenminister Gryschtschenko, verschiedenen Vizeministern, dem Generalstaatsanwalt und den Präsidenten des Parlaments sowie der beiden höchsten Gerichte des Landes, die später eine entscheidende Rolle spielen sollten, und dem Präsidenten des Staatsfernsehens. Bei Reisen wurde der Verfasser regelmäßig von den höchsten Amtsträgern, in der Regel den Provinzgouverneuren, empfangen, und zwar sowohl in Hochburgen Janukowitschs wie Simferopol (Krim), Odessa, Donezk oder Dnjepropetrowsk, als auch in Juschtschenkos Einflussbereich im Westen (Lemberg, Iwano-Frankiwnsk) oder in umkämpftem Gebiet wie Kirowograd oder Užgorod (Transkarpathien). Die Gesprächsatmosphäre war zumeist angenehm, auch wenn vor allem im Süden

und Osten zunächst Misstrauen spürbar war und Differenzen in der Sache bestanden.

Zu unerfreulichen verbalen Angriffen auf die EOM kam es nur in zwei Fällen. Ein Stück üblen Journalismus, verfasst von einem gewissen Michail Schyschlannikow, erschien am 4. Oktober 2004 auf der Krim in einem „2000“ betitelten Blatt. Unter mehrfacher Berufung auf den Leiter von Kutschmas Präsidialamt, Medvedtschuk, warf der Journalist den beiden in Simferopol stationierten Langzeitbeobachtern, einer Engländerin und einem Norweger, unter Nennung ihres Namens konspiratorische Geheimdienstmethoden vor, griff ihren ukrainischen Dolmetscher in einer Weise an, die diesen gefährdete, und warf der EOM, unter allerlei Verdächtigungen, doppelte Standards vor. Der Artikel gipfelte in einem Aufruf an die ukrainischen Journalisten, sich zu vereinigen und die Aktivitäten der EOM-Beobachter rigoros zu kontrollieren. Der zweite Angriff kam ebenfalls von der Krim. Der Bürgermeister von Sewastopol, Leonid Žunko, sagte, ebenfalls im Oktober 2004, bei einer Versammlung von Stadtangestellten, dass die OSZE doppelte Standards habe, ohne Transparenz arbeite und die Absicht habe, die Wahlen zu ruinieren und die Lage zu destabilisieren. Glücklicherweise blieben dergleichen Ausfälle Ausnahmen, die nicht der offiziellen Linie entsprachen.

In seinen Gesprächen mit den Vertretern der Administration, der Justiz und des Parlamentes pflegte der Verfasser sehr wohl die Aktivitäten der EOM offen zu legen und zu erläutern, vor allem aber auch beobachtete Missstände im Einzelnen offen anzusprechen und darauf hinzuweisen, dass die Mission gar nicht anders könne als diese Missstände in ihrer Berichterstattung zu kritisieren, weshalb man nicht überrascht sein, sondern alles tun solle, den Missständen noch rechtzeitig abzuhelpfen. Ergänzt wurden diese mündlichen Hinweise durch Zwischenberichte, die in etwa zehntägigem Abstand über die Beobachtungen der EOM referierten, und die allen OSZE-Staaten, also auch der Ukraine, zugingen und in das Internet gestellt wurden. Der Informationsstand der Mission war hoch. Die KG in Kiew führte zahlreiche Gespräche mit allen Beteiligten und beobachtete mit erheblichem Aufwand die Medien des Landes. Ihre Wahlfachleute wohnten den Sitzungen der ZWK bei, und ihr juristischer Berater den einschlägigen Gerichtsverhand-

lungen, während die LZB entsprechende Aktivitäten in allen Provinzen entfalteten, und zwar alle nach eingespielten und bewährten Methoden.

Die Reaktion der Behörden folgte drei verschiedenen Optionen: Rechtfertigen, leugnen oder abhelfen, und zwar ausdrücklich oder stillschweigend. In vielen Fällen, insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung staatlicher Ressourcen durch den Ministerpräsidenten Janukowitsch, wurden die von der EOM beanstandeten Maßnahmen als innerhalb der OSZE-Regeln liegend gerechtfertigt. Klar unannehmbare Verstöße wurden zumeist geleugnet oder, wenn das nicht möglich war, als von der Führung nicht gedeckte übereifrige Taten einzelner Funktionäre hingestellt. Häufig wurden Missstände aber auch ausdrücklich abgestellt, so zum Beispiel die gegen die EOM gerichteten Pressionsversuche auf der Krim. Die größte Wirkung hatte die offene Kritik der Mission aber dadurch, dass ihre Präsenz und ihr hoher Informationsstand auf Wahlfälscher abschreckend wirkten. Mehr, als solche Kritik zu äußern, konnte die EOM aber auch nicht tun, ohne ihr Mandat zu überschreiten. Der Code of Conduct schrieb ihr vor, ihren Pflichten zurückhaltend nachzugehen. Beobachter könnten lokale Wahlbeamte zwar auf Unregelmäßigkeiten hinweisen, dürften ihnen aber nie Anweisungen erteilen oder Entscheidungen dieser Beamten aufheben. Die EOM gab sich große Mühe, die Opposition und deren in- und ausländische Sympathisanten darauf hinzuweisen, dass ihr Mandat beschränkt, aber dennoch durchaus wirksam war.

Die wichtigsten Gesprächspartner der EOM von der Opposition, Juschtschenko, Timoschenko, Poroschenko, Tarasyuk und Wahlkampfmanager Roman Bezsmertnyy waren sich über das Mandat der EOM im klaren, versuchten aber doch auch immer wieder, sie zu einem stärkeren direkten Engagement zu bewegen. Ähnliches galt für die Präsidentschaftskandidaten Oleksandr Moroz, Sozialist, und Anatolij Kinakh, Bund der Industriellen und Unternehmer, die beide zur Stichwahl vom 21. November Juschtschenko unterstützten. Der Verfasser traf auch mit weiteren Vertretern aus dem Feld der ursprünglich 24 (sic) Kandidaten zusammen, die sehr verschiedene und gelegentlich auch recht pittoreske Ansichten vorbrachten. Die meisten von ihnen waren „technische Kandidaten“, die vor allem Janukowitsch unter Ausnutzung des Wahlgesetzes unterstützten. Das Gesetz

gab nämlich jedem Kandidaten das Recht, zwei stimmberechtigte Mitglieder und zwei Beobachter in jedes der rund 33.000 Wahllokale zu entsenden (theoretische Gesamtzahl 3.168.000 Kandidatenvertreter in den Wahllokalen).

Die ausländische Gemeinschaft in Kiew nahm großen Anteil an den Wahlen. Die EOM unterrichtete die OSZE-Teilnehmer- und Beobachterstaaten in wöchentlichem Rhythmus über ihre Aktivitäten und Erkenntnisse und traf darüber hinaus mit einer Reihe von diplomatischen Vertretern zusammen, teilweise auf größeren Treffen, die die Botschaften organisierten. Nachdem die EOM ihr Mandat und die Gründe für ihren Umfang einmal hinreichend erklärt hatte, fand sie durchweg die Unterstützung des diplomatischen Korps. Wegen der Probleme innerhalb der Gesamt-OSZE legte der Verfasser besonderen Wert auf die Einbindung der GUS-Staaten, insbesondere Russlands. Am Beginn stand ein Missklang.

Nach einer INTERFAX-Ukraine-Meldung vom 20. August warnte Alexej Kotschekow, Missionsleiter der GUS-Wahlbeobachtungsorganisation, einer Nichtregierungsorganisation, vor Versuchen, die Ukraine zu destabilisieren und fügte hinzu:

„Das erste, was uns auffällt, ist der ernsthafte Druck von Seiten ausschließlich westlicher Beobachter. Die OSZE-Beobachter [die noch gar nicht im Lande waren] benehmen sich wie immer, nicht nur auf GUS-Gebiet, unkorrekt. Dasselbe Szenario wie in Jugoslawien, Armenien und Georgien wird gegenwärtig in der Ukraine versucht.“

Der Verfasser hatte, ganz zu Anfang und gegen Ende der Mission, Gespräche mit dem russischen Botschafter in Kiew, dem früheren Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin, die beide freundschaftlich verliefen. Er (der Verfasser) wies darauf hin, dass alle GUS-Staaten auch an der OSZE teilnahmen und bat um stärkere, insbesondere russische Beteiligung an der EOM, und zwar auch an der Kerngruppe. Am 26. Dezember erreichte die Zahl der EOM-KZB aus den GUS-Staaten immerhin 61, darunter ein Abteilungsleiter aus dem weißrussischen Außenministerium in Minsk, der dem Verfasser seine Zufriedenheit über seine Erfahrungen mit der EOM ausdrücklich bestätigte. Die drei Gespräche mit Ruschailo verliefen eben-

falls sachlich und ohne Schärfen, nachdem dieser ganz zu Anfang zunächst eher aggressiv nach Herkunft, Fach-, Regional- und Russischkenntnissen der EOM-Beobachter gefragt hatte. Es war aber dann doch befremdlich, als Ruschailos Mission nach der verfehlten Stichwahl vom 21. November verkündete, dass dieser Wahlgang „von den Wahlkommissionen in Übereinstimmung mit der Wahlgesetzgebung der Ukraine durchgeführt worden ist“, und dass die GUS-Mission „diese Wahlen als transparent, legitim und frei bewertet.“¹⁰ Die Beobachtungen der EOM entsprachen dem leider nicht.

Die Resultate der Wahlbeobachtung bis zu der „orange Revolution“

Generalprobe Mukatschewo 18. April

Am 18. April 2004 fanden in der Kleinstadt Mukatschewo in Transkarpathien Bürgermeisterwahlen statt, die allgemein als Generalprobe für die Präsidentschaftswahlen angesehen wurden, und die von einer Delegation des Europarats und, informell, einigen ODIHR-Vertretern vor Ort beobachtet wurden. Es kam zu schwersten Verstößen; ein einheimischer Wahlbeobachter wurde vor den Augen von ODIHR und des untätig bleibenden, einschüchternd großen Polizeiaufgebots krankenhausreif geschlagen. Beide Organisationen veröffentlichten scharfe Erklärungen.¹¹ ODIHR sprach von einem eklatanten Versuch, den Wahlvorgang zu stören, und von einem Angriff auf die Grundlagen selbst des demokratischen Prozesses. Die Behörden rechtfertigten die Vorgänge und sahen keinen Anlass, Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Sie schienen der Außenwelt bedeuten zu wollen: „Was immer Ihr sagt, wir tun, was wir zum Machterhalt für nötig halten“. Diese Generalprobe war kein gutes Omen für das Wahljahr 2004.

¹⁰ Statement of the International Observers from the Commonwealth of Independent States on the Observation Results of Preparation and Conduct of Re-Voting on Presidential Elections in Ukraine, 21. November 2004.

¹¹ OSZE/ODIHR, Erklärung vom 20. 4. 2004, www.osce.org/odihr; Council of Europe, Ukraine, Mukachevo Election an Unfortunate Dress Rehearsal, Mukachevo, 19. April 2004, www.coe.int.

Die Erste Runde der Präsidentschaftswahlen vom 31. Oktober 2004

Am 1. November erklärte die IEOM auf der Basis der EOM-Erkenntnisse über den bisherigen Wahlkampf und zahlreicher Berichte der LZB und KZB aus der Wahlnacht, dass die Wahl eine beträchtliche Zahl von Standards der OSZE, des Europarats und anderer verfehlt habe, und dass der Wahlvorgang einen Schritt rückwärts im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 2002 bedeutet habe.¹² Das Schwergewicht der Kritik lag auf dem Wahlkampf, während der Wahlvorgang am Wahltag selbst von besserer Qualität war.

Während des Wahlkampfes machte Ministerpräsident Janukowitsch wenig Unterschied zwischen Ressourcen des Staates und Ressourcen, die ihm als Kandidaten zustanden. Die staatlichen Medien waren extrem parteiisch zu seinen Gunsten; sie und andere Medien erhielten, offenbar aus Kutschmas Präsidentenpalast, sog. Temnyky, die Sprachregelungen für die Medien enthielten. Vom Staat abhängige Wählergruppen wie Staatsbedienstete, Soldaten, Rentner, Gefängnisinsassen, aber auch Studenten wurden unter erheblichen Druck gesetzt, für den Regierungskandidaten zu stimmen. In der Öffentlichkeit waren fast nur Wahlplakate für Janukowitsch zu sehen, Oppositionspolitiker, darunter auch die Kommunisten, berichteten häufig, dass ihre Plakate, teilweise unter den Augen der Polizei, abgerissen wurden. Immer wieder wurden auch Oppositionsveranstaltungen verhindert oder obstruiert, zum Beispiel dadurch, dass Oppositionspolitiker durch Sperrung von Flughäfen und dergleichen in ihrer Bewegungsfreiheit behindert wurden. Dazu kam der Paukenschlag des Giftmordanschlages auf Juschtschenko, der diesen fast aus dem Rennen warf. Es tauchten auch mehr und mehr inflammatorische Wahlpropagandaschriften auf (Einzelheiten s. folgenden Abschnitt).

Der Wahltag selbst verlief ruhig, aber die vorerwähnte Zahl von bis zu 48 Wahlkommissionsmitgliedern und noch einmal soviel von Kandidaten gestellten Beobachtern sorgte mancherorts für Überfüllung der Wahllokale,

¹² International Election Observation Mission, Presidential Election, Ukraine – 31 October 2004, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, www.osce.org/odihr.

zumal deren Zahl ohnehin zu gering war. In 61% der Wahllokale hielten sich Polizisten auf, deren Anwesenheit das Wahlgesetz nicht vorsah. Die ZWK versah ihre Koordinations- und Informationsaufgaben nur unzureichend, während es der mittleren Stufe der Wahlverwaltung, den Territorial-Wahlkommissionen (TWK), oft an Unabhängigkeit, Transparenz und Kollegialität fehlte. Die Wählerlisten waren so fehlerhaft, dass die IEOM von einer Beeinträchtigung der Allgemeinheit der Wahl sprach. Trotzdem – eine Wiederholung von Mukatschewo war diese Wahl, zur Erleichterung der Beobachter, nicht.

Die harte Kritik an der Wahl wurde von den Ukrainern, auch den Mitgliedern der Administration, akzeptiert. Stepan Havrysch, Vertreter Janukowitschs in der ZWK und Koordinator der Regierungsmehrheit im Parlament, schrieb dem Verfasser am 8. November 2004:

„... Trotz einer Anzahl kritischer Bemerkungen hat die Erklärung der Mission [der IEOM] den Wahlkampf und die erste Runde... recht professionell und unparteiisch in positiver Weise beurteilt und dadurch bezeugt, dass ein im ganzen freier und transparenter Ausdruck des Willens der Bürger in der Ukraine sichergestellt worden ist. Die Unregelmäßigkeiten... haben keinen entscheidenden Einfluss auf die Resultate der Stimmabgabe. Zugleich werden wir alles tun, was möglich ist, um sie vor der zweiten Runde zu eliminieren. Wir sind aufrichtig in unserer Unterstützung der insgesamt objektiven Position der Mission mit Bezug auf alle Wahlteilnehmer, und wir begrüßen den Umstand, dass Sie es verstanden haben, in ihrer Arbeit parteiische und offenbare Bevorzugung irgendeines Kandidaten zu vermeiden. Eine junge Demokratie wie die Ukraine benötigt verzweifelt die erfahrenen Lehrer, die mit Geschick und durch ihr eigenes Beispiel die Entstehung und Entwicklung der modernen Zivilgesellschaft ermöglichen...“.

Dies waren große Worte, denen leider nicht die richtigen Taten folgten. Das Ergebnis der ersten Runde entsprach in der Tat dem Volkswillen, denn Juschtschenko mit seiner starken Stellung im Westen und Janukowitsch mit seiner unangefochtenen Stärke im Osten und Süden waren in der Tat die

beiden Kandidaten aus dem Feld von 24, die das Volk in die Stichwahl schicken wollte. Der Eindruck eines annehmbaren Ergebnisses wurde noch dadurch verstärkt, dass die ZWK, nach einem freilich undurchsichtigen Tabulationsverfahren, und ohne die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise bekanntzugeben, am 10. November einen leichten Vorsprung für Juschtschenko verkündete, 39,87%, gegen 39,32% für Janukowitsch. Bei einigem Nachdenken war aber von Beginn an klar, dass die erste Runde nur ein nicht entscheidender Vorlauf war, dessen relative Hinnehmbarkeit die Aufmerksamkeit der Beobachter auf keinen Fall einschläfern durfte (und in der Tat auch nicht einschläferte). Entscheidend war die bevorstehende Stichwahl, und ein Warnzeichen war der Umstand, dass trotz Havryschs erklärter Kooperationsbereitschaft die intensiven Bemühungen der EOM um die Beseitigung der von ihr festgestellten und von Havrysch anerkannten „Unregelmäßigkeiten“ nicht erfolgte, im Gegenteil.

Die Stichwahl vom 21. November 2004

Am 22. November erklärte die IEOM erneut, dass die Wahl eine beträchtliche Zahl von Standards verfehlt habe. Die Behörden hätten nichts unternommen, um schwerwiegende, am 1. November von der IEOM festgestellte Mängel zu beseitigen. Es folgte die undiplomatisch harte Feststellung: „Exekutivbehörden des Staates und die Zentrale Wahlkommission haben im ganzen einen Mangel an Willen gezeigt, einen echten demokratischen Wahlprozess durchzuführen.“¹³ Dieses Mal bezog sich die Kritik gleichermaßen auf Wahlkampf und Wahltag.

Der Missbrauch staatlicher Ressourcen durch den Regierungskandidaten, die extreme Parteilichkeit der Medien und deren Gängelung durch Tymoschenko, der Druck gewisser Behörden auf abhängige Wählergruppen, die Behinderung von Oppositionsaktivitäten einschließlich Plakataktionen und eine inflammatorische Wahlpropaganda hatten im Vergleich zu dem ersten Wahlgang noch zugenommen. Ein Teil dieser Propaganda war anonym, und niemand bekannte sich zu ihr, anderes erschien aber in identifizierba-

¹³ International Election Observation Mission, Presidential Election (Second Round), Ukraine – 21 November 2004, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, www.osce.org/odihr.

ren Druckschriften. Die Mehrzahl dieser „schwarzen“ Polemik richtete sich gegen Juschtschenko und stellte ihn dar als Werkzeug der USA (Abb. 1 und 2, beide anonym) und zugleich als Faschisten (Abb. 3-5). Abb. 1 imitiert ein amerikanisches Plakat von 1917, auf dessen Original Uncle Sam um Kriegsfreiwillige geworben hatte, und trägt die ukrainische Aufschrift „bist Du bereit für den Bürgerkrieg?“. Abb. 2 zeigt eine Fotomontage aus Juschtschenko und US-Präsident Bush mit dem Untertitel „ja zu Buschtschenko“. Abb. 3 besteht aus vier Bildern, von denen zwei je eine Rednertribüne mit Hitler und Mussolini und mit Juschtschenko, Timoschenko und Sozialistenführer Moroz nebeneinander abbilden, während die beiden anderen den Vorbeimarsch sog. ukrainischer Hilfswilliger unter der Hakenkreuzflagge während des Zweiten Weltkrieges einerseits und eine Versammlung heutiger ukrainischer Rechtsradikaler andererseits zeigen.¹⁴ Auf Abb. 4 ist ein sowjetischer Soldat zu sehen, der sein Bajonett gegen Juschtschenkos Stirn richtet; die Aufschrift lautet: „Nein zu der orange Pest“. In Abb. 5 schreckt man nicht davor zurück, Juschtschenko an einem Schreibtisch vor dem Eingangstor des Konzentrationslagers Auschwitz („Arbeit macht frei“) zu zeigen.¹⁵ Unter das Niveau demokratischer Wahlen gehende Propaganda der Gegenseite war erheblich seltener und erreichte nicht annähernd den soeben gezeigten Grad von Widerwärtigkeit. Es waren vor allem Nichtregierungsorganisationen wie Pora („Es wird Zeit“ – Abb. 6) und Czysa Ukraina („Saubere Ukraine“), die Janukowitsch unter Hinweis auf Vorstrafen als Bandit, Verbrecher und Mafioso präsentierten.

Der Wahltag verlief zwar im Ganzen ruhig, doch kam es auch zu einzelnen Fällen von Gewaltanwendung sowie zu der Einschüchterung von Beobachtern, Wählern und Mitgliedern der Wahlkommissionen, vor allem im Osten und in der Mitte des Landes. In einigen Provinzen wurde eine große Anzahl von der Opposition benannter lokaler Kommissionsmitglieder in letzter Minute entlassen, allein im Bereich der TWK 100 (Kirowograd) 469. Polizei hielt sich in einer Mehrzahl der Wahllokale auf. Gelegentlich mischten sich Regierungsbeamte oder obskure Personen in den Wahlablauf und die

¹⁴ Narodnaja Oppozicija, Nr. 6, November 2004, S. 2.

¹⁵ Vetschernij Gorod, Spezialausgabe für die Wahl 2004, Dezember 2004, S. 16 (Abb. 4) und 10 (Abb. 5).

Stimmauszählung ein und erteilten Weisungen. Die Wählerlisten waren noch unzuverlässiger als am 31. Oktober. 5% der Wähler wurden erst am Wahltag aufgenommen, die meisten davon mit sog. Abwesenheitszertifikaten, deren Missbrauch manifest war. LZB hatten übereinstimmend berichtet, dass der Regierung verpflichtete Behörden, insbesondere im Westen des Landes, ihre Angestellten angewiesen hatten, ihnen pro Person fünf solcher Zertifikate auszuhändigen. Dies beraubte die Aushändigenden und ihre Familien ihres Wahlrechts und erlaubte den Behörden Missbrauch nach Willkür. Teilweise wurden Mehrfachwähler mit Bussen von Wahllokal zu Wahllokal gefahren.¹⁶ Überdies kam es zu verbreiteten Missbräuchen der sog. mobilen Abstimmung, bei der Wähler unter gewissen Voraussetzungen außerhalb der Wahllokale ihre Stimme abgeben konnten, also z. B. zu Hause. Donezk erreichte eine verdächtig hohe Wahlbeteiligung von 96,31%. Bei der Stimmenauszählung wurden vielerorts weder die Sicherheit der Stimmzettel noch die vorgeschriebenen Zählverfahren hinreichend beachtet. Sowohl die ZWK als auch eine große Zahl von TWK waren nicht bereit, die EOM mit genauen Zahlen über wichtige Aspekte der Wahl zu versorgen.

Die EOM beobachtete den weiteren Ablauf und das Verhalten der ZWK mit zunehmender Besorgnis. Die politische Atmosphäre war derartig aufgeheizt, dass eine hochexplosive Situation entstanden war. Es war klar, dass die Opposition, deren Orange Kiew immer mehr beherrschte, sich die Wahl nicht stehlen lassen würde. Zugleich konnte zu dieser Zeit niemand wissen, ob die Staatsmacht Gewalt anwenden würde. Gerüchte über russische Elite-Einheiten im Lande und sogar innerhalb von Kutschmas Präsidentenpalast machten die Runde. Dann hieß es, die ZWK werde nicht, wie nach der ersten Runde, lange mit der Verkündung des Wahlergebnisses warten, sondern einen Überraschungscoup landen, obwohl die von Unklarheiten und zahlreichen Wahlbeschwerden gekennzeichnete Situation dafür bei weitem noch nicht reif war. In dieser Lage schrieb der Verfasser am 23. November einen Brief an den ZWK-Vorsitzenden, Serhyi Kiwalow.

16 Ein viel kolportierter politischer Witz dieser Tage lautete: „Erwirb ein Abwesenheitszertifikat und gewinne eine Rundreise durch die Ukraine“.

Dieser Brief war von den Fachleuten der EOM entworfen worden und enthielt auf zwei sehr technisch wirkenden Seiten die „richtigen“ Fragen, jeweils für beide Runden: Resultate jedes einzelnen der rund 33.000 Wahllokale? Anzahl der Abwesenheitszertifikate, die (1) gedruckt, (2) an die TWK verteilt, (3) von den Wahllokalen ausgegeben und (4) von Wählern genutzt wurden? Anzahl der Stimmzettel, die (1) insgesamt gedruckt, (2) jeweils mit oder ohne die Nummern der TWK und der Wahllokale an beide Ebenen ausgegeben und (3) benutzt und (4) nicht benutzt wurden? Anzahl der Bürger, die in die Wahllokal-Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden am 31. Oktober, zwischen dem 1. und 21. November und am 21. November? Anzahl der Wähler, die (1) außerhalb der Wahllokale wählen wollten und von diesen in besondere Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden und die (2) von dieser Möglichkeit Gebrauch machten? Der Brief gipfelte in dem Satz: „Eine Klarstellung dieser Punkte vor der Feststellung der offiziellen Ergebnisse könnte das Vertrauen in den Wahlprozess fördern“. Einen Tag später, am 24. November, verkündete Kiwalow, gegen den Protest einzelner ZWK-Mitglieder, das offizielle Ergebnis: Janukowitsch 49,46% und Juschtschenko 46,61%. Die „orange Revolution“ nahm ihren Lauf, nachdem Juschtschenko seine Anhänger schon seit der Wahlnacht zu einer gewaltigen Demonstration auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz versammelt hatte.

Die orange Revolution

Ob die „orange Revolution“ wirklich eine Revolution im technischen Sinne war, mag dahingestellt bleiben. Immerhin blieben die Verfassung und ihre Institutionen unangetastet, und Justiz und Parlament erfüllten am Ende ihre Pflicht. Ohne Zweifel handelte es sich aber um eine historisch bedeutende politische Umwälzung. Beeindruckend waren die Breite der Volksbewegung und die Entschlossenheit, mit der die Protestierenden auf ihren Forderungen beharrten. Selbst die Putzhilfe des Verfassers, die noch im September versichert hatte, ihre Familie wähle traditionell die Kommunisten, erschien im November mit einem orange Schal. Viele Ukrainer versicherten, dass es ihnen nicht in erster Linie um die Person Juschtschenkos

gehe, sondern darum, endlich die postsowjetische politische Gängelung und Betrügerei abzuschütteln. Die plötzlich sichtbare und politisch reife ukrainische Zivilgesellschaft war beeindruckend, und sie war mit Sicherheit nicht das Erzeugnis ausländischer Einmischung, dazu war sie zu groß und zu spontan. Die jahrelange Hilfeleistung westlicher, insbesondere amerikanischer Institutionen wie Freedom House, International Republican Institute oder National Democratic Institute an die sich entwickelnde ukrainische Zivilgesellschaft hatte große Bedeutung, aber im entscheidenden Augenblick hatten Ukrainer das Heft selbst fest in der Hand. Besonders beeindruckend war der Mut einiger Journalisten, die offen gegen ihre Gängelung opponierten, als der Ausgang der Auseinandersetzungen noch nicht klar war. Gerade wegen des späteren Triumphes der Protestierenden war es aber auch wichtig, die politische Spaltung des Landes nicht außer Acht zu lassen.

Der Osten und der Süden wollten Janukowitsch, der bei der Stichwahlwiederholung landesweit immer noch mehr als 44% der Stimmen erzielte, und selbst in Kiew gab es einzelne „blaue“ (die Farbe Janukowitschs) Gegenemonstrationen, teilweise in Form traditioneller orthodoxer Prozessionen, die, von Priestern angeführt, Devotionalien durch die Straßen trugen. Daneben gab es wirklich beunruhigende Erscheinungen. Gruppen von Provokateuren versuchten, Zwischenfälle zu provozieren. Der Verfasser beobachtete, wie einige Demonstranten das damals überall zu hörende „Jusch-Tschen-Ko“ skandierten, als eine andere Gruppe, erkennbar Schlägertypen, sich ihr näherte und in deutscher Sprache mit „Sieg-Heil, Sieg-Heil“ antwortete. Ein Zusammenstoß blieb glücklicherweise aus, wie überhaupt die Disziplin vieler Demonstranten bewundernswert war.

Es kam jedoch auch auf der orange Seite, insbesondere bei der Blockade von Staatsinstitutionen wie dem Präsidentenpalast, zu Besorgnis erregendem Verhalten. Als der Verfasser zu einem Termin in den Präsidentenpalast gehen wollte, wurden er und seine Begleiter auch dann noch aufgehalten, als sie sich identifiziert hatten. Die Blockierenden riefen schließlich einen arroganten, offenbar höheren Funktionär, dessen Auftreten sich nicht viel von sowjetischen Vorbildern unterschied. Am Ende konnten die EOM-Vertreter nur auf abenteuerlichen Umwegen über Hin-

terhöfe in den Palast gelangen. Diese explosive Lage rief die besorgte internationale Gemeinschaft auf den Plan.

Am 26. November trafen die beiden Präsidentschaftskandidaten sowie Kutschma und Parlamentspräsident W. Lytwyn zu einem Runden Tisch mit sechs ausländischen Vermittlern zusammen, den Präsidenten Polens und Litauens, Kwasniewski und Adamkus, dem russischen Duma-Präsidenten Gryzlow, dem polnischen Außenminister Cimoszewicz, dem Hohen Vertreter der EU, Solana, und OSZE-Generalsekretär Kubis. Die EOM war nach ihrem Mandat nicht beteiligt, doch traf der Verfasser mit Solana und Kubis zusammen. Als während der internationalen Diskussion die Idee einer Neuauszählung der Stimmen und, später, einer Wiederholung der Stichwahl schon am 12. Dezember aufkam, warnte die EOM nachdrücklich gegen beides. Die Stimmen neu auszuzählen wäre kontraproduktiv gewesen, denn die betrügerischen Stimmzettel waren bereits in den Urnen, die ihrerseits höchst unsicher aufbewahrt wurden. Eine Wahlbeobachtung am 12. Dezember hätte die EOM nicht durchführen können, denn sie war nach der Abreise der LZB „blind“ in den Provinzen und hatte nur noch eine stark reduzierte Kerngruppe. Am 1. Dezember unterzeichneten die Teilnehmer des Runden Tisches ein Dokument, dessen entscheidender Punkt die Verpflichtung der Parteien war, sich jeder Gewaltanwendung zu enthalten und die Entscheidung des inzwischen angerufenen ukrainischen Obersten Gerichts zu respektieren. Die ukrainischen Institutionen waren sodann in der Lage, die Situation zu meistern.

Schon am 27. November hatte das Parlament die von der ZWK verkündeten und von Juschtschenko bei dem Obersten Gericht angefochtenen Wahlergebnisse für nichtig erklärt, der ZWK das Misstrauen ausgesprochen und den Präsidenten aufgefordert, die Regierung Janukowitsch zu entlassen. Nach fünf Tagen im Fernsehen übertragener Anhörungen entschied das Oberste Gericht am 3. Dezember, dass die Verkündung der Endresultate durch die ZWK vom 24. November illegal war, und dass die Stichwahl vom 21. November derartig von Verfassungs- und Gesetzverstößen beeinträchtigt worden sei, dass Wählerwille und Resultate sich nicht feststellen ließen. Diese Verstöße deckten sich weithin mit den von der EOM festgestellten. Das Gericht entschied, die Stichwahl sei am 26. Dezember zu wie-

derholen. Das Parlament beschloss darauf hin, und um das Potential für erneuten Betrug zu reduzieren, befristete Änderungen des Wahlgesetzes. Die Wahlkommissionen mussten auf allen drei Ebenen neu zusammengesetzt werden, Wählerverzeichnisse und der Gebrauch von Abwesenheitszertifikaten und mobiler Stimmabgabe wurden strikter Kontrolle unterworfen. Das gegen diese Änderungen angerufene Verfassungsgericht bestätigte sie im Wesentlichen, hob aber Beschränkungen der mobilen Stimmabgabe wieder auf, und zwar am Tag vor den Wahlen. Dies sorgte insoweit für Verwirrung am Wahltag.

Es liegt auf der Hand, jedenfalls für alle, die etwas von Wahlen verstehen, dass die neue, jetzt von dem bisherigen Vize Dawidowitsch geleitete ZWK mit einer enormen Aufgabe konfrontiert war. Die EOM, die aufgerufen war, die Wahlen unter den neuen Bedingungen weiter zu beobachten, trat aber auch selbst in ihre schwierigste Phase ein. Die Kerngruppe konnte wieder in Kiew zusammengerufen werden und absolvierte über die (westlichen) Weihnachtsfeiertage hinweg drei Arbeitswochen von je neunzig Stunden hintereinander, die zu schwerster Ermüdung und gesundheitlichen Ausfällen führten, nicht aber zu irgendwelchen Störungen des Betriebsklimas. Man hielt zusammen. Von den LZB kamen etwa 50% zurück, teilweise über den Atlantik. Ihre erneute Stationierung und die Verteilung von nunmehr 1372 KZB in der ganzen winterlichen Ukraine war eine logistische Meisterleistung der EOM, vollbracht von drei „Jugoslawen“, nämlich einem bosnischen Kroaten als Leiter des Logistikteams – sein Name, Igor Bulić, sei genannt – einem Serben aus Belgrad und einem Mazedonier aus Skopje, sowie einem Ukrainer. Dabei gab es auch Kurzweil, wie den KZB, dem in Dnjepropjetrowsk der Zug wegfuhr, den er für ein Bier kurz verlassen hatte (in solchen Fällen war die ukrainische Polizei außerordentlich hilfsbereit, auch dies sollte gesagt werden). Die EOM war jedenfalls erneut bereit.

Der wiederholte zweite Wahlgang vom 26. Dezember 2004

Am 27. Dezember gab die IEOM zum dritten Mal eine vorläufige Einschätzung ab und erklärte, die Wahldurchführung vom 26. Dezember habe die Ukraine der Erfüllung der Standards substantiell näher gebracht, identifizierte aber auch eine ganze Reihe von Missständen.¹⁷

Die Bedingungen, unter denen der Wahlkampf jetzt stattgefunden hatte, sorgten nahezu für Waffengleichheit. Juschtschenkos Anhänger setzten ihre Massendemonstration auf dem Unabhängigkeitsplatz und ihre Blockade von Regierungsgebäuden ununterbrochen fort. Janukowitsch, der sich als Ministerpräsident hatte beurlauben lassen, fühlte sich von Kutschma im Stich gelassen und bezeichnete sich und seine Bewegung jetzt als Opposition. Der Missbrauch staatlicher Ressourcen nahm erheblich ab. Die Medien berichteten im Wesentlichen ausgeglichen und neutral, und die Temnyky verschwanden. Dennoch kam es, vor allem im Süden, zu gewaltvoller Unterbrechung von Wahlkampfveranstaltungen Juschtschenkos, und ein Großteil der oben präsentierten „schwarzen“ Polemik erschien erst jetzt, ebenfalls mit Schwerpunkt im Süden.

Die Atmosphäre am Wahltag selbst war auch ruhiger als zuvor. Die Wählerverzeichnisse waren aber nach wie vor fehlerhaft, und einige potentielle Wähler wurden abgewiesen. Die mobile Stimmabgabe wurde, wie oben gesagt, durch Unklarheiten beeinträchtigt, doch wurden Alte und Behinderte vielerorts von Behörden oder auf private Initiative mit Bussen in die Wahllokale gebracht. Die ZWK registrierte mehr als eine halbe Million mobiler Stimmabgaben. Dennoch machte die GUS-Wahlbeobachtungsmission dieses Thema zu einem ihrer Hauptkritikpunkte; viele seien ihres Wahlrechts beraubt worden. Nach wie vor hielt sich noch Polizei in den Wahllokalen auf, und das Wahlgeheimnis wurde insbesondere im Osten nicht immer gewahrt. Stimmenauszählung und -tabulation waren besser, doch kam es vereinzelt zu höchst suspekten Er-

17 International Election Observation Mission Presidential Election (Repeat Second Round), Ukraine, 26 December 2004, www.osce.org/odihr.

gebnissen. 736 Wahllokale (von 33.075, deren Ergebnisse veröffentlicht wurden) meldeten eine Wahlbeteiligung von mehr als 99%. In 93 von ihnen erhielt Janukowitsch nicht eine einzige Stimme, während 62 Wahllokale für Juschtschenko völlige Fehlanzeige meldeten.¹⁸

Nach dem Wahltag legte Janukowitsch fast einhundert Beschwerden bei der ZWK ein, von denen die meisten aus Verfahrensgründen, andere in der Sache abgewiesen wurden. Die ZWK verkündete die Wahlergebnisse am 10. Januar 2005: 51,99% für Juschtschenko und 42,2% für Janukowitsch. Vier Tage später wandte sich Janukowitsch mit einer Beschwerde an den Obersten Gerichtshof gegen diese Ergebnisse mit der Begründung, systematischer Betrug in der gesamten Ukraine habe es unmöglich gemacht, auf der Basis der Resultate vom 26. Dezember den Wählerwillen festzustellen; überdies seien viele Wähler im Zusammenhang mit den neuen Vorschriften über Abwesenheitszertifikate und mobile Wahlabgabe ihres Wahlrechts beraubt worden. Der Gerichtshof hörte nicht alle von Janukowitsch präsentierte Zeugen, darunter der ZWK-Vorsitzende Dawidowitsch, an, und die Medien veröffentlichten seine Entscheidung noch bevor sie den Parteien am 20. Januar im Gerichtssaal verkündet wurde – ein unnötiger Missklang am Ende eines schwierigen und letztlich vorwärts zeigenden Prozesses.

Ausblick

In der Ukraine finden im März 2006 Parlamentswahlen statt, deren ordnungsgemäße Durchführung nicht gesichert ist, wenn es nicht zu erheblichen Verbesserungen in Wahlgesetz und -praxis kommt. Julija Timoschenko, jetzt Ministerpräsidentin des Landes, sagte deshalb dem OSZE-Vorsitzenden, dem slowenischen Außenminister Dimitri Rupel, die EOM solle doch gleich im Lande bleiben, eine bemerkenswerte Verbesserung ihrer anfangs so kritischen Einschätzung der ODIHR-Wahlbeobachtung. Dieses Verbleiben war nicht möglich, aber ODIHR hat, wie eingangs gesagt, einen sehr ausführlichen Endbericht über die Wahlen

¹⁸ Da die ZWK solche Ergebnisse zum ersten Mal veröffentlichte, ist ein Vergleich mit den beiden vorhergehenden Wahlgängen nicht möglich.

verfasst und allen Interessierten bei einem viertägigen Besuch in Kiew erläutert. Der Bericht enthält auf sieben Seiten insgesamt 59 Empfehlungen, die sich beziehen auf den Gesetzesrahmen, die Registrierung von Kandidaten, die Wählerlisten, die Wahlkampagne, die Medien, die Wahlverwaltung, das Wahlverfahren am Wahltag und die Tabulation der Resultate. Dawidowitsch, Vorsitzender der ZWK, betreibt die Reform energisch, und ODIHR (und der Europarat) berät ihn und andere ukrainische Stellen dabei. Die ukrainische Zivilgesellschaft hat ein beachtliches Maß von demokratischer Reife gezeigt, und es wäre bedauerlich, wenn sie erneut von mangelhaften Wahlen heimgesucht würde. Die Voraussetzungen scheinen freilich insofern jetzt erheblich besser zu sein, als es der Führung an dem politischen Willen, freie und faire Wahlen durchzuführen, nicht mehr fehlen sollte. Dennoch sind weder die innere Konfrontation noch die Probleme mit dem internationalen Umfeld wirklich gelöst.

Als die von Botschafter Strohal geleitete Delegation im Mai 2005 mit dem früheren Leiter der Präsidialkanzlei, Medvetschuk, zusammentraf, traf sie dort auch auf den ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk. Dieser drückte, mit Bezug auf den Ausgang der Präsidentschaftswahl, in drastischer Weise seine tiefe Enttäuschung über den Weg aus, den die Ukraine seit der Unabhängigkeit genommen habe. Ein Gespräch mit Janukowitsch ließ weniger Militanz erkennen, doch war auch hier klar, dass die politische Konfrontation in der Ukraine noch immer über das für Demokratien zwischen Regierung und Opposition Übliche hinausgeht. Beide Seiten, aber insbesondere die jetzt in der Macht stehende Administration Juschtschenko, sind aufgerufen, im Interesse des Landes aufeinander zuzugehen, ohne dass freilich Verbrechen ungesühnt bleiben sollten. Innerer Ausgleich würde das außenpolitische Ziel der neuen Administration, die Annäherung an EU und NATO, beträchtlich fördern, könnte aber auch das für Kiew entscheidend wichtige Verhältnis zu Moskau verbessern. Dieses Thema kann hier nicht vertieft werden. Zum Abschluss sei aber betont, dass der Verfasser die Ukraine und die Ukrainer in den fast fünf Monaten seines Aufenthaltes dort zu schätzen gelernt hat und sich wünscht, dass dieses große europäische Land seinen inneren Frieden findet und seine histori-

sche Rolle als Mitglied der europäischen Völkerfamilie voll ausspielen kann.

Abkürzungen

CVU	Wählerkomitee der Ukraine
ENEMO	European Network of Election Monitoring Organizations
EOM	Election Observation Mission
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IOEM	International Election Observation Mission
KG	Kerngruppe
KZB	Kurzzeitbeobachter
LZB	Langzeitbeobachter
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
TWK	Territorial-Wahlkommission
ZWK	Zentrale Wahlkommission

Abbildung 1



Abbildung 2

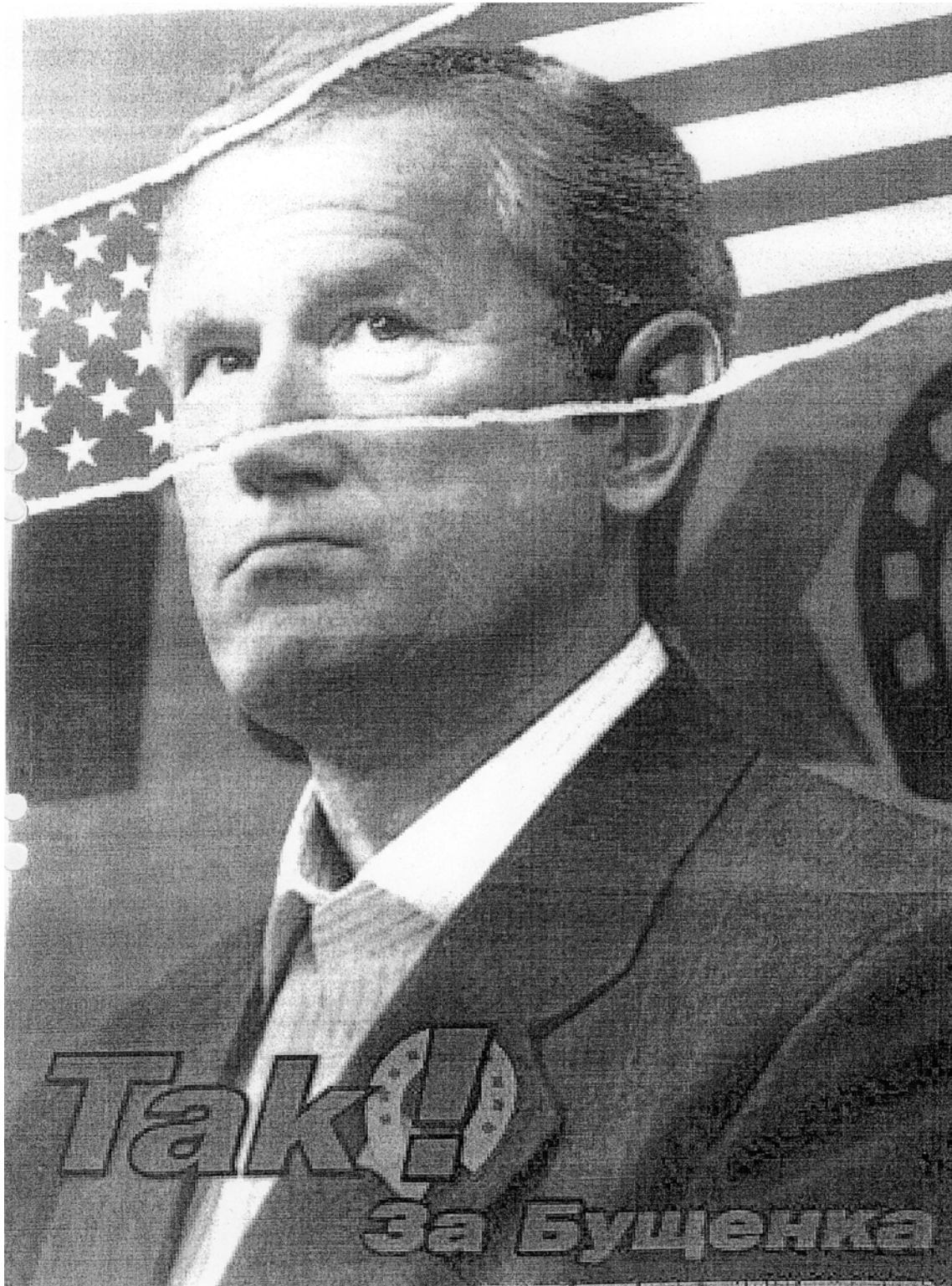


Abbildung 3



Bildunterschrift oben links: „National-Sozialisten“; oben rechts: „Nationalisten und Sozialisten“.

Abbildung 4



Abbildung 5

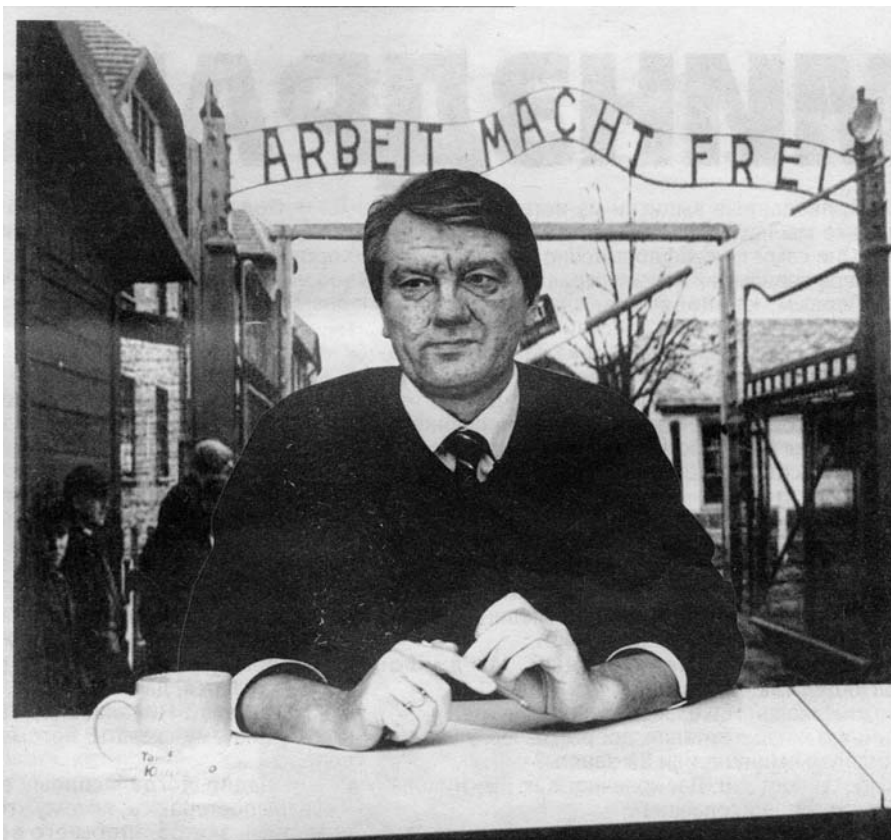


Abbildung 6



ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüland
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysoschoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP

- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Groß
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa
- C 135 (2004) Karl-Heinz Narjes
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 136 (2004) Ludger Kühnhardt
The Global Proliferation of Regional Integration. European Experience and World-wide Trends
- C 137 (2004) Andreas Marchetti (ed.)
The CSCE as a Model to Transform Western Relations with the Greater Middle East
- C 138 (2004) Lothar Rühl
Conditions for a European intervention strategy in application of the ESDP and US/Nato crisis management
- C 139 (2004) Hubert Iral
Im Spannungsfeld zwischen Normalzustand und Legitimationsfragen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Verfassungsgebungsprozesses
- C 140 (2004) Franz-Josef Meiers
Transatlantic Relations after the U.S. Elections. From Rift to Harmony?
- C 141 (2004) Ludger Kühnhardt
From National Identity to European Constitutionalism. European Integration: The first fifty years
- C 142 (2005) Ashkaan Rahimi
The Evolution of EU Asylum Policy
- C 143 (2005) Samuel Wells / Ludger Kühnhardt (eds.)
The Crisis in Transatlantic Relations
- C 144 (2005) Hansjörg Eiff
Zum Problem des Kosovo-Status
- C 145 (2005) Christian Arnold
La experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la «Comunidad Andina de Naciones» (CAN)
- C 146 (2005) Franjo Štiblar
Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU
- C 147 (2005) Erol Esen
Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei. Strukturen, Aufgaben und Standpunkte
- C 148 (2005) Jürgen Elvert
Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union. Einige Überlegungen aus geschichtswissenschaftlicher Sicht
- C 149 (2005) Matti Wiberg
New Winners and Old Losers. A Priori Voting Power in the EU25

- C 150 (2005) Siebo M. H. Janssen
Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der Europäischen Integration
- C 151 (2005) Geert-Hinrich Ahrens
Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die schwierige Mission der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005)

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.